

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

A. „Welche Maßnahmen erachtet Ihre Partei als förderlich, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Wedel zu ermöglichen?“

B. „Welche Maßnahmen würde Ihre Partei ergreifen, um die Elternbeiträge signifikant zu reduzieren?“

KITA:

In den letzten fünf Jahren der Legislaturperiode haben die Grünen in Wedel das Thema KITA mit großem Einsatz **transparenter** gemacht und für die Eltern vorangetrieben.

Knackpunkte aus Sicht der Grünen sind und waren u.a.:

- die extrem hohen Kita-Beiträge im Kreis Pinneberg
- die jährliche Erhöhung der ohnehin hohen Kita-Beiträge durch eine intransparente Kita-Formel des Kreises,
- die Kita-Finanzierungsstruktur (u.a. der Elternanteil an den Kita-Kosten, unzulänglicher Kreiszuschuss zu den Betriebskosten, Kreis-Einbehalt von Landeszuschüssen),
- die Definition des Ganztags (8 oder 9 Stunden)
- die vorhandene Zahl der Kita-Plätze, die den Bedarf in Wedel bei weitem nicht deckt
- ungenügende Kreis-Sozialstaffel und zu geringe Geschwisterermäßigung

Die Wedeler Grünen konnten folgendes bewegen:

- Sensibilisierung aller Fraktionen für das Thema „zu hohe Kita-Beiträge in Wedel“ – ein langer, intensiver Überzeugungsprozess, der aber erfolgreich war: **Auf Initiative der Grünen konnte ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen (außer WSI) formuliert und beschlossen werden, so dass die Kita-Beiträge ab Sommer 2018 in Wedel nun gedeckelt bleiben und nicht weiter steigen.** In anderen Städten und Gemeinden des Kreises Pinneberg werden die Kita-Beiträge ab 1. August 2018 dagegen um 2 Prozent angehoben.
- Durch diverse Anfragen konnten wir die Kita-Finanzierung in Wedel für alle Eltern transparenter machen. Das werden wir in der nächsten Legislatur fortführen.
- **Auf Kreisebene haben wir Wedeler Grünen durch Diskussionen und schriftliche Anfragen das Thema Verbesserung der Kreis-Sozialstaffel, Geschwisterermäßigung und komplett Durchleitung der Kita-Landeszuschüsse an die Kommunen angeschoben.** Grüne/SPD/FDP haben dann Ende 2016 eine deutliche Entlastung der Kita-Familien durch eine **verbesserte Kreis-Sozialstaffel (nur noch Einsatz von 50% des Einkommensüberhangs) sowie Geschwisterermäßigung (2. Kind 50%, 3. Kind 100%)** gegen die Stimmen der CDU erreichen können. Auch die Landeszuschüsse werden jetzt komplett an Wedel durchgeleitet.
- **Auf Landesebene haben wir erreicht, dass die sehr unterschiedlichen Kita-Beiträge im Land in den Fokus genommen wurden.** Eltern werden je nach Wohnort von sehr stark bis kaum belastet. Das ist sehr ungerecht! Ab 2020 sollen die Kita-Beiträge mit Landesmitteln nun gedeckelt werden und sinken.

SCHULE:

Verlässliche Schulkinderbetreuung an den Grundschulen für jeden Geldbeutel ist ebenfalls wesentlich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. An der Moorwegschule muss eine Frühbetreuung eingerichtet werden, wenn der Bedarf geklärt ist. Für den städtischen Haushalt sowie für die betroffenen Eltern wäre es die beste Lösung, wenn die Moorwegschule wie alle anderen Grundschulen in Wedel den Unterricht um 8.00 Uhr beginnen lassen würde.

Die Grünen werden sich für diese Themen weiterhin reihängen und stark machen: **A/B**

- **(A/B) Weitere Senkung der Kita-Gebühren.** Nur auf diesem Weg ist es möglich, dass Familien den Betreuungsumfang wählen können, der für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig ist. Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keinesfalls eine Frage des vorhandenen Geldbeutels sein – so, wie es momentan der Fall ist! **Wir werden dafür sorgen, dass die Kita-Gebühren in Wedel gedeckelt bleiben und die Kreis-Kita-Prozent-Formel bald der Vergangenheit angehört. Falls die finanzielle Entlastung der Kita-Eltern ab 2020 durch Landesmittel zu mager ausfallen sollte, werden wir nicht ruhen bis eine echte Entlastung stattfindet.**
- **(A/B) Essensgeld. Wir wollen alle Kita-Eltern durch Zuschüsse beim Essensgeld entlasten.**
- **(A/B) Wiedereinführung der 9. Stunde.** Die Kürzung des Ganztages mit den Stimmen von CDU/WSI/FDP von 9 auf 8 Stunden hat zu einer enormen zusätzlichen Belastung der Kita-Eltern in Wedel geführt. Die 9. Stunde muss nun von den Eltern zusätzlich zum sowieso schon hohen Kita-Basisbeitrag bezahlt werden. Das können sich die meisten Familien nicht leisten. Eltern, die in Hamburg Vollzeit arbeiten, können Familie und Beruf nur noch sehr schwer vereinbaren. Das betrifft vor allem die mittleren Einkommen. Durch diese Kürzung kam es auch zu einem Verlust an Betreuungsqualität, weil die Kitas nun auch weniger Stunden für Erzieher*innen finanziert bekommen.
- **(A/B) Ausbau der Kita-Plätze vorantreiben.** Wir benötigen in Wedel dringend mehr Kita-Plätze im Krippen- und Elementarbereich. Wir unterstützen den Neubau der Kita Katholische Kirche und werden weitere Kita-Neubauten forcieren. **In der Tagespflege müssen aus Sicht der Grünen noch mehr finanzielle Anreize geschaffen werden, um noch mehr Tagesmütter und -väter zu gewinnen.**
- **(A) Einführung einer SKB-Frühbetreuung.** An der Moorwegschule bzw. auch an den anderen Grundschulen, wenn der Bedarf der Eltern da ist.

2. Kürzung der 9. Betreuungsstunde

A. „Welche Schritte könnte sich Ihre Partei vorstellen, um die 9. Betreuungsstunde wieder kostenfrei zu aktivieren?“

B. „Wie könnte sich Ihre Partei im BKS Ausschuss einsetzen für eine transparente Evaluation der 9. Betreuungsstunde?“

- **(A/B) Wiedereinführung der 9. Stunde.** Die Grünen werden zunächst einen Prüfauftrag stellen, um die Kosten und notwendigen Maßnahmen in den Kitas (u.a. benötigte Stundenzahl Erzieher*innen) für die Wiedereinführung der 9. Stunde zu klären. Es wird notwendig sein, für einen daraus resultierenden Antrag Unterstützung bei den anderen Fraktionen zu suchen. Ob sich eine Mehrheit für eine Wiedereinführung der 9. Betreuungsstunde findet, ist aus Sicht der Grünen stark vom Ausgang der Kommunalwahlen abhängig.

3. Schulkinderbetreuung

A. „Wie hoch schätzt Ihre Partei die Notwendigkeit ein, Früh- und Spätdienst auch für die Grundschulkinder in Wedel anzubieten und wie würden Sie sich dafür einsetzen?“

B. „Welche Maßnahmen könnte Ihre Partei präsentieren, damit in der Schulkindbetreuung eine verbesserte Geschwisterermäßigung sowie die richtige Geburtenreihenfolge Berücksichtigung findet?“

(A) Für eine verbesserte Chancengleichheit sowie für eine Vereinbarung von Familie und Beruf ist eine verlässliche Ganztags-SKB (Früh-/Spätdienst) aus Sicht der Grünen zwingend erforderlich. Die Grünen haben schon eine Menge bewegt, was den Ausbau der Plätze in der SKB und in der Ferien-SKB betrifft. Falls an den Grundschulen nachweislich Bedarf für einen Frühdienst besteht, werden wir selbstverständlich einen dementsprechenden Antrag zur Einführung von Frühdiensten stellen. Das gilt auch für Spätdienste, falls der Bedarf seitens der Eltern besteht. Natürlich muss vor Beschluss u.a. geprüft werden, wie lang der Spätdienst gehen soll, wie er organisiert werden kann und wie die Kosten sich gestalten würden.

(B) Die Grünen haben 2016 den Antrag auf Prüfung einer Geschwisterermäßigung in der SKB gestellt und diese auch durchgesetzt. **Aus Sicht der Grünen ist es selbstverständlich, dass die auf Kreisebene 2016 beschlossene verbesserte Kita-Geschwisterermäßigung (2. Kind 50%, 3. Kind 100%) auch in der SKB eingeführt werden muss.** Der Fachdienstleiter Bildung meinte damals bei der von den Grünen beantragten Einführung der Geschwisterermäßigung in der SKB selbst, „dass Geschwister in der SKB ermäßigt werden analog zur Ermäßigung in den Kitas“ (Protokoll BKS, 03.02.2016).

Die Wedeler Grünen stehen im engen Kontakt mit der Landesebene, um zu erreichen, dass mehr Landeszuschüsse für die SKB bereitgestellt werden. Die

SKB-Betreuung ist aus unserer Sicht mit der Kita-Betreuung gleichzusetzen und somit auch von Land und Bund anteilig zu finanzieren. Ein dickes Brett, aber wir bleiben dran. Wenn es mehr Zuschüsse gäbe, könnte nicht nur die Geschwisterermäßigung verbessert, sondern auch die SKB-Beiträge insgesamt zügig gesenkt werden.

Bei der Berücksichtigung der richtigen Geburtenreihenfolge muss geprüft werden, wie der resultierende Verwaltungsaufwand wäre. Es handelt sich bei Kita und SKB um zwei komplett voneinander unabhängige Abrechnungssysteme. Falls eine Verbindung der Systeme ohne allzu große Probleme möglich sein sollte, wäre ein Antrag nach Prüfung der Kosten realisierbar.

4. Pädagogische Fachkräfte

A. „Wie möchte Ihre Partei die hohen naturgegebenen Ausfallzeiten des pädagogischen Personals abfangen?“

B. „Welche Maßnahmen erachtet Ihre Partei als erforderlich, um die Kooperationsvereinbarung mit den Hamburger Fachschulen zu erneuern, um effizienter an pädagogisches Fachpersonal zu kommen?“

C. „Welche Schritte möchte Ihre Partei unternehmen, um die bürokratischen Hürden abzubauen, wie z.B. solche bei der Antragsstellung auf eine halbe Kraft am Nachmittag zu verbessern, damit Kita-Leitungen schnell, effektiv und bedarfsgerecht agieren können?“

Bei **A/B/C** verweisen wir auf unsere gute Zusammenarbeit mit der Grünen Kreisebene und Grünen Landesebene. Die Wedeler Grünen sprechen diese Themen regelmäßig auf den verschiedenen Ebenen wieder an und versuchen, Antworten und für gute Lösungen zu finden. **Wir wollen aber nicht nur die Kooperationsvereinbarung mit den Hamburger Fachhochschulen erneuern, sondern fordern nachdrücklich, dass auch neue Ausbildungswege und -stätten in Schleswig-Holstein entwickelt werden müssen.** „**Helfende Hände**“ wären zum Beispiel ein Weg, dem Fachpersonal an den Kitas den Rücken stärker freizuhalten. Aufgaben wie Wickeln, Anziehen, Tische decken und Aufräumen könnten auch u.a. von Quereinsteigern erledigt werden, die noch nicht über die nötige Fachausbildung verfügen. Die Landesgrünen haben ein Budget durchgesetzt, um das Kita-Fachpersonal in Zukunft durch Helfende Hände flankieren zu können. **Die Wedeler Grünen setzen sich auf Kreisebene auch dafür ein, bei der Kita-Personalberechnung deutlich mehr Krankheitstage als aktuell bei der Personalbesetzung anzunehmen und einzusetzen. Diese Maßnahme würde die Kita-Fach-Personaldecke spürbar stärken und die krankheitsbedingten Ausfallzeiten abfedern.**

Die bürokratischen Hürden zur Einstellung von Nachmittagskräften ist ebenfalls ein Problem, das wir schon lange angehen und auf der Agenda haben, dass aber leider nur über die Kreis- bzw. Landespolitik gelöst werden kann.

5. Elternbeirat

A. „Welche Vorteile sieht Ihre Partei, wenn Sie mit einem Elternbeirat im Ausschuss zusammen arbeiten könnte?“

B. „Wie werden Sie das Vorhaben unserer Elterninitiative und weiterer Eltern für die Gründung eines Elternbeirates im BKS-Ausschuss unterstützen?“

Ein städtischer Elternbeirat könnte der Politik wichtige Impulse für die politische Arbeit geben. Eltern stellen eine gesellschaftlich bedeutsame Gruppe dar. Eltern sind direkt und hautnah mit den aktuellen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen verbunden. Sei es Kita, Schule oder Ausbildung – die Eltern wissen um die Problemfelder und können Anregungen und Lösungsansätze in die Politik tragen. **Aus Sicht der Grünen eine echte Bereicherung für unsere politischen Arbeit!** Die Wedeler Grünen haben deswegen bereits im April 2016 einen Antrag für die Einrichtung eines städtischen Elternbeirates gestellt. Leider fand weder Antrag der Grünen noch der SPD eine Mehrheit im Ausschuss, denn CDU/FDP und WSI sprachen sich gegen die Einrichtung eines Elternbeirates aus. **Wenn erneut der Wunsch der Eltern zur Einrichtung eines Elternbeirates vorgetragen würde, könnten die Eltern auf unsere Unterstützung bauen.**

6. Inklusion

A. „Wie soll die Inklusion in Schule und Schulkindbetreuung/Hort aus Sicht ihrer Partei implementiert werden?“

B. „Welche konkreten Maßnahmen planen Sie in naher Zukunft, damit auch die Kinder, die Förderbedarf benötigen, am Nachmittag gut betreut werden können?“

(A/B) Eine inklusive Gesellschaft ist für uns Grüne ein sehr wichtiges Ziel – und zwar in allen Lebensbereichen. 2006 verabschiedete die UN Generalversammlung die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir Grüne nehmen das Menschenrecht auf Inklusion ernst und treiben die Inklusion auch in Wedel weiter voran. Wir wollen ein Schulsystem, das alle Kinder – mit und ohne Behinderung – ihren Bedürfnissen gemäß fördert. Um das zu erreichen, **muss** der Bund die Länder dabei finanziell unterstützen, Schulen inklusiv zu gestalten. Denn es werden für ein Gelingen der Inklusion in erheblichem Umfang zusätzliche Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie auch zusätzliche Räume in den Schulen benötigt. Die Jamaica-Koalition in Schleswig-Holstein hat 2017 vereinbart, die inklusive Beschulung bis 2024 um jährlich 70 neue Lehrer*innenstellen für Sonderpädagog*innen zu verstärken. Bis 2024 werden damit 490 neue Stellen geschaffen. Ein guter Ansatz für den Regelschulbetrieb, der aber leider die Schulkinderbetreuung nicht mit einbezieht. **Inklusion muss aus Sicht der Wedeler Grünen auch für die Schulkinderbetreuung gelten und umgesetzt werden! Bislang enden die unterschiedlichen Unterstützungssysteme wie Schulbegleitung und Schulassistenz nach dem regulären Schultag, so dass die Kinder in der Schulkinderbetreuung bislang ohne Unterstützung bleiben und somit nicht in unserer Wedeler SKB betreut werden**

können. Ein unhaltbarer Zustand, der nicht nur dem Inklusionsgedanken widerspricht, sondern den betroffenen Eltern auch die Vereinbarung von Familie und Beruf deutlich erschwert. Wir haben das Thema in der Landespolitik sowie Kreispolitik bereits in 2017 wegen eines damals aktuellen Falls angeschoben und drängen auf schnelle Lösung für die betroffenen Familien. Die Lokalpolitik kann hier leider direkt vor Ort nur wenig ausrichten. Wir regen an, dass die Verwaltung auf eine gute Fachausbildung des Personals in der SKB achtet. Zusätzlich werden wir die Verwaltung bitten, medizinische Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter*innen anzubieten, so dass zumindest u.a. Kinder mit Diabetes nicht mehr von der SKB ausgeschlossen sind. Eine städtische Finanzierung von u.a. eigenen Schulbegleitern in der SKB wäre in der aktuellen Haushaltsslage sicher nicht möglich. Wichtig ist, den Hort in der Kita DRK-Flerrentwiete sowie den Gebundenen Ganztag an der Albert-Schweitzer-Schule aufrecht zu erhalten, denn in diesen Institutionen ist eine ganztägige inklusive Betreuung möglich. Die Wedeler Grünen werden auf allen Politikebenen nicht locker lassen, um die Inklusion auch in der Schulkinderbetreuung möglich zu machen.

7. Sichere Schulwege

A. „Welche Maßnahmen erachtet Ihre Partei als förderlich, um die Schulwege für alle Schulkinder bezüglich des Bodenbelags und deren Beleuchtungen sicherer zu machen?“

Die Wedeler Grünen waren die erste Partei, die erkannt hat, dass der Jörg-Balack-Weg kein reiner Fußweg, sondern in der Praxis ein Verkehrsweg ist, der einen entsprechend befestigten wasserabweisenden Untergrund erhalten muss. Auch wenn vor allem CDU und WSI eine Pflasterung vor allem wegen angeblicher Sicherheitsbedenken immer wieder verhindert haben, werden wir nicht nachlassen, diese Pflasterung weiter zu fordern und schließlich durchzusetzen.

In wie weit eine (zusätzliche) Beleuchtung an dieser Stelle mehrheitsfähig ist, dürfte davon abhängen, wie Experten die Verträglichkeit mit der Fauna am Mühlenteich bewerten werden. Hierzu gab es bislang keine näheren Überlegungen.

Auch für den Auweidenweg ist aus unserer Sicht eine Befestigung des Untergrundes erforderlich. Dies drängt sich an dieser Stelle geradezu auf, denn bisher endet die Veloroute 1 an der Hamburger Stadtgrenze im Rheingoldweg. Im Zusammenhang mit einer Verlängerung dieser Route zu einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Verkehrsverbindung wäre auch hier sicher zu prüfen, in wie weit eine Beleuchtung umweltverträglich realisierbar wäre. **Fakt ist natürlich, dass eine stark befahrene Radroute zu jeder Tageszeit für die Nutzer*innen ausreichende Sicherheit bieten müsste.**

Auf der Agenda im Radverkehr steht zunächst allerdings die Markierung eines Schutzstreifens im Tinsdaler Weg in Richtung Industriestraße, der den dort vorhandenen maroden und äußerst schmalen Radweg auf dieser Seite ersetzen wird. (Auch diese Wegeverbindung wird viel von Schüler*innen genutzt). Im Gegensatz zur Schulauer Straße ist hier geplant, dass die Parkplätze am Straßenrand wegfallen. Dadurch wäre ein breiter Streifen möglich, was die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer nochmal erheblich erhöhen würde.

Für die andere Richtung (stadteinwärts) ist ein gut ausgebauter strassenbegleitender Radweg

vorhanden, der nicht geändert werden muss. Die Maßnahme muss allerdings noch vom Bauausschuss und vom Rat genehmigt werden.

Grundsätzlich kann also gesagt werden, dass die Grünen den Radverkehr in Wedel bereits in den letzten fünf Jahren maßgeblich voran gebracht haben und andere Parteien den hohen Stellenwert des Radverkehrs und die Notwendigkeit diesen zu fördern auch langsam erkennen. Es gibt daher noch sehr viel zu tun, denn auf diesem Gebiet ist die gesamte Region noch Entwicklungsland.

Petra Kärgel, Rainer Hagedorf (Schulwege), Bündnis 90/Die Grünen